

Hallo liebe Anwesende,

wir stehen hier im Rosenwinkel. Es ist eine Gelegenheit einen kurzen Blick auf die Unterkünfte zu werfen.

Seit mehr als zehn Jahren leben in Göttingen Familien, Flüchtlinge aus Afghanistan, Iran, Angehörige der Roma und Ashkali aus dem Kosovo und Serbien in den städtischen Unterkünften im Rosenwinkel und im Neuen Weg. Seit der Auflösung der Zietenterrassen wohnen fast 250 Flüchtlinge in zwei Bereichen der Weststadt (im Rosenwinkel sowie im Neuen Weg und im Maschmühlenweg).

Viele Flüchtlinge in Göttingen wohnten bis Ende 1999 in den ehemaligen Zietenterrassen, am Rande der Stadt Göttingen. Die Zietenkaserne ist 2001 aufgelöst worden und die Flüchtlinge wurden in die Weststadt umverteilt, aber es ist wieder erneut ein Ghetto mit prekären Lebenssituationen für Flüchtlinge entstanden. Damals wurden diese Umverteilung von den Medien und der Politik als Toleranz und eine „multikulturelle Vielfalt“ verkauft.

Hier im Rosenwinkel leben die meisten Menschen mit einer Duldung. Von den deutschen Behörden werden sie allerdings lediglich geduldet, das heißt, das sie mit der ständigen Androhung der Abschiebung leben. Ferner ist es ihnen verboten zu arbeiten, also sind sie zwangsweise auf staatliche Zuwendungen angewiesen. Eine dieser Zuwendungen ist die Zuweisung von Wohnraum durch kommunale „Sozial“behörden. Oftmals leben in einer solchen Wohnung mehrere Generationen auf engstem Raum zusammen.

Der äußere Verfall der Häuser springt ins Auge. Allerdings deutet er nur ansatzweise auf die gesamte Wohnsituation der Bewohner_innen hin.

- Die Bausubstanz der Häuser ist durchweg marode, in Wohnungen von 30 bis 50 qm leben teils bis zu 10 Personen. Die beengte Wohnsituation nimmt Kindern jede Möglichkeit sich Freiräume und Rückzugsmöglichkeiten zu nehmen. Die Enge der Wohnungen verhindert zusätzlich oftmals eine Genesung auch psychischer Traumatisierungen.
- Die sanitären Einrichtungen sind entweder nicht vorhanden oder im katastrophalen Zustand (Schimmel, undichte Leitungen, fehlende Waschbecken etc).
- Es existiert keine ausreichende Versorgung mit Heizmaterial und Warmwasser, die monatliche Zuwendung reicht meist nur für zwei Wochen. Die Kälte und die Feuchtigkeit der Wohnungen verursachen bei vielen Bewohner_innen akute und chronische Erkrankungen der Atemwege.
- Alle Bestrebungen der Bewohner_innen für einen menschenwürdigen Wohnraum werden von den zuständigen Ämtern abgewiesen. Selbst Krankheiten etc. werden nicht anerkannt. Trotz offensichtlichen Leerstandes besserer und größerer Wohnungen, weigern sich die Behörden, diese zur Verfügung zu stellen.

Diese Wohnsituation ist ein Teil einer vielgesichtigen ausgrenzenden Politik gegen Flüchtlinge. Sie missachtet das grundlegende Recht auf ausreichenden und menschenwürdigen Wohnraum. Seit ihrer Zwangsansiedlung versuchen die Bewohner_innen auf vielen verschiedenen Wegen eine Veränderung der katastrophalen Situation zu erreichen. Doch einzelne individuelle Verbesserungen reichen nicht aus. Diese Entwürdigung der Menschen verpflichtet uns zu solidarischem Handeln:

Wir fordern:

Abschaffung der rassistischen Sondergesetze!

Selbstbestimmung über das eigene Leben und Wohnen!

Bleiberecht für alle!